

22. III. 1916

Die Aufgeregten.

In allen Redaktionsstuben, wo man zum unentwegten Freisinn schwört, ist eine große Aufregung ausgebrochen. Unerhörtes ist geschehen. Leute, die nicht zum unentwegten Freisinn schwören, haben es gewagt, auf Wegen, auf denen schon vor Jahr und Tag Fortschrittler und Demokraten für ihre Kriegsziele agitierten, sich mit ihren Gesinnungsgenossen zusammenzufinden und einen Ausdruck für ihre brennendsten vaterländischen Sorgen zu finden.

Hier der beklagte Tatbestand und das Corpus delicti: Seit einigen Tagen geht in nationalen Kreisen eine Eingabe an den Reichstag um, der folgendes Begleitschreiben beigefügt ist:

Sehr geehrter Herr! Die nachstehend abgedruckte Eingabe an den Deutschen Reichstag geht Ihnen mit der dringenden Bitte zu, sie sofort zu zeichnen und mit so vielen Unterschriften wie möglich spätestens drei Tage nach Empfang dieses Schreibens in verschlossenem Brief an Herrn Abgeordneten Fuhrmann, Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus, zu senden.

Auf deutsche Namensunterschrift und postlichere Wohnungsangabe ist besonders zu achten.

Mit bestem Dank für Mitarbeit
in vorzüglicher Hochachtung

D. Dr. phil. et jur. Dietrich Schäfer,

Professor der Geschichte an der Universität Berlin, großherzoglich-badischer Geheimer Rat.

Uns selbst war von dieser Eingabe und diesem Begleitschreiben natürlich auch schon seit Tagen Kunde zugekommen. Unseren Lesern haben wir, wie jedenfalls andere nationale Blätter auch, nicht etwa aus besonderer List und Tücke und weil sich's um ein im Trüben schleichendes Dunkelmännerwerk handelte, keine Kenntnis davon gegeben, sondern weil wir, wie die Dinge heute liegen, mit Bedauern voraussetzten, daß uns ein öffentlicher Hinweis auf eine solche Eingabe, ihren Inhalt und ihre Absicht sehr übel vermerkt werden könnte. Da jetzt alle fortschrittlichen Kapitolswächter die Sache über Stadt und Gassen schnattern dürfen, sehen wir uns dieser sehr peinlichen Zurückhaltung mit Dankbarkeit enthoben und weisen unsere Leser mit Vergnügen auf jene Eingabe hin, die ihnen jedenfalls aus innerstem Herzen gesprochen ist und ihren Beifall, ihre Unterstützung finden wird, wo sie auf sie treffen. In der Abfassung und Verbreitung dieser Eingabe sehen die unentwegt freisinnigen Kapitolswächter eine spezifisch nationalliberale Tücke. Die Herren Fuhrmann und Schäfer werden mit ätzender Lauge sittlicher Entrüstung überschüttet, rücksichtslos an den freisinnigen Pranger gestellt und mit den stärksten Ausdrücken totgeschlagen. Nach unseren Nachrichten befinden sie sich aber beide noch verhältnismäßig lebendig. Daß man eine Sache um der Sache willen vertreten und verteidigen kann und muß, scheint dem „Berl. Tagebl.“, das immer auf Nebenzweck ausschaut, schlechtthin unbegreiflich zu sein.

Eine spezifisch konservative Niedertracht derselben Art sehen die Hüter des Freisinns in der auch von uns veröffentlichten Erklärung zu den Kriegsentscheidungen im Reichstag. Als „Neue konservative Rundgebung“ rufen sie diese Erklärung aus. Das ist mindestens eine objektive Unwahrheit; denn die Erklärung ist auch von nationalliberalen und unabhängigen Zeitungen abgedruckt worden. Es handelt sich um eine Sache, die mit keiner Parteireiberei irgend etwas zu tun hat. Es handelt sich einfach um einen Ausdruck des elementarsten Bedürfnisses nationaler Gewissenswahrung, und es spricht wenig für die Sache der fortschrittlichen Entrüstungsmacher, daß sie den Tatbestand zu verdunkeln suchen.

Je hartnäckiger dieses Spiel getrieben wird, desto weniger wird es gelingen, einer klärenden und das Gewissen der Nation während der Verhandlung der konservativen, nationalliberalen und Zentrumsanträge vorzubiegen. Es handelt sich für die bürgerlichen und nationalen Parteien keineswegs, wie ihnen unterstellt wird, um den Versuch einer Einmischung in den Befehlsbereich der Heeresleitung. Daß Besorgnisse in anderer Richtung nicht einfach von der Hand zu weisen sind, beweist zum Beispiel eine Zuschrift, die dem „Deutschen Kurier“ aus den Kreisen der nationalliberalen Reichstagsfraktion zugeht, und die feststellt, daß der Kan-

ler selbst in seiner Besprechung mit den Fraktionsführern des Reichstages nicht die technische Anwendung der Waffe, über welche die maßgebenden Stellen der Marine zu entscheiden haben, sondern allein die außenpolitische Rückwirkung einer solchen Anwendung erörtert hat. Die bürgerlichen und nationalen Parteien werden es sich also wohl um so weniger nehmen lassen, über ihre und unsere Sorgen im Reichstag ein aufrichtiges und wirksam klärendes Wort zu sagen, je beständiger die Staatszeitungen aller Bundesstaaten im Gefolge des „Berliner Tageblattes“ sich bemühen, die Natur, die Quelle und die Zielpunkte dieser Besorgnisse zu verweisen.